



Sonderausgabe zur Bundestagswahl 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

am 23. Februar wird der 21. Deutsche Bundestag gewählt. Wegen des Bruchs der Ampel-Koalition musste die Wahl vorgezogen werden und die Parteien und politischen Akteur*innen hatten weniger Zeit, sich in Stellung zu bringen. Schon jetzt ist klar: Egal, wer die Wahl für sich entscheiden wird – für die kommende Bundesregierung stehen schwierige und komplexe Themen auf dem Plan. Vom Krieg in Europa und Nahost über den Klimawandel und die politische Lage in den USA bis zu Migration.

Doch neben diesen Herausforderungen dürfen auch die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht auf der Strecke bleiben. In seinem Forderungspapier zur Bundestagswahl schreibt der Deutsche Behindertenrat (DBR): "Die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischer Erkrankung in der Gesellschaft muss endlich das Ziel einer wirkungsvollen und dynamischen menschenrechtsorientierten Behindertenpolitik werden. (...) Die im Deutschen Behindertenrat zusammengeschlossenen Verbände erwarten, dass die künftige Bundesregierung sich sowohl ihrer Verantwortung als auch ihrer Aufgaben im Bereich der Behindertenpolitik bewusst wird und diese mit Tatkraft und Entschiedenheit angeht."

Gerade weil die Zeiten so turbulent und die bevorstehenden Herausforderungen so groß sind, ist es für uns Bürger*innen umso wichtiger, wählen zu gehen und unsere Stimme abzugeben. Bei der bevorstehenden Wahl wird auch darüber abgestimmt, wem wir es zutrauen, sich wirklich für Inklusion und Teilhabe in einer solidarischen Gesellschaft einzusetzen.

Herzlichst, Ihr Dr. Martin Danner
Koordinator DBR-Arbeitsausschuss

Die Forderungen des DBR

1

Diskriminierungsschutz verbessern

Menschen mit Behinderungen sind in ihrem Alltag immer wieder Diskriminierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt. Daher muss der Diskriminierungsschutz in Deutschland dringend verbessert werden. Das bedeutet dass die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) endlich angegangen werden muss. Es müssen klare gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die auch private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen, die für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden, zur Barrierefreiheit verpflichten – im Hinblick auf Zugänglichkeit, Nutzbarkeit und Auffindbarkeit.

Ein ausführliches Forderungspapier zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz finden Sie [hier beim DBR](#).

2

Barrierefreiheit schaffen

Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung, damit alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Doch im Alltag stoßen Menschen mit Behinderungen auf viele Barrieren, etwa beim Bahnfahren, am Geldautomaten, im Internet, im Sportverein, beim Einkaufen oder beim Arztbesuch.

Damit sich das ändert, müssen auch private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit und zu angemessenen Vorkehrungen zur Überwindung vorhandener Barrieren verpflichtet werden.

Außerdem soll Barrierefreiheit zum Inhalt der Ausbildungs- und Studienpläne, Prüfungsordnungen, Weiterbildungsprogramme und Schulungsmodule aller Berufssparten wird.

3

Behindertengleichstellungsgesetz reformieren

Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes mit der Verpflichtung privater Anbieter von Produkten und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit und zu angemessenen Vorkehrungen soll in der kommenden Legislaturperiode endlich umgesetzt und mit effektiven Rechtsschutzmöglichkeiten verknüpft werden. Der Anwendungsbereich des Gesetzes soll dabei erweitert werden, um Schutzlücken zu schließen.

Außerdem muss das Benachteiligungsverbot geschärft wird mit dem Ziel, dass beim Verstoß gegen gesetzliche Vorgaben zur Barrierefreiheit oder bei der Versagung verhältnismäßiger Einzelfalllösungen zur Überwindung von Barrieren, dies als Diskriminierung gilt und sanktioniert wird.

Ein ausführliches Forderungspapier zur Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes finden Sie [hier auf der Website des DBR](#).

4

Barrierefreiheitsstärkungsgesetz weiterentwickeln

Das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) tritt am 28.06.2025 im Wesentlichen in Kraft. Mit diesem Gesetz wird der European Accessibility Act (EAA) in deutsches Recht umgesetzt. Das Gesetz ist ein erster Schritt zu mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung von Barrierefreiheit bei bestimmten Produkten und Dienstleistungen. Es sind aber dringend Nachbesserungen erforderlich. Diese sollten in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden.

5

Aktionsplan für ein barrierefreies und diverses Gesundheitswesen umsetzen

Der vorliegende Aktionsplan für ein barrierefreies und diverses Gesundheitswesen muss in der kommenden Legislaturperiode konsequent umgesetzt werden. Gesetzgeberische Maßnahmen müssen auf den Weg gebracht und die getroffenen Maßnahmen fortlaufend evaluiert werden, um den notwendigen Weiterentwicklungsprozess in den nächsten Jahren konsequent voranzutreiben. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung der Richtlinie zu den Auskünften über Barrieren in Arztpraxen.

Außerdem muss kurzfristig Transparenz geschaffen werden, wo Menschen mit Behinderungen im Gesundheitswesen mit Barrieren rechnen müssen, die einer Versorgung entgegenstehen. Dazu müssen wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden, um diese Barrieren abzubauen und das Entstehen von Barrieren zu verhindern.

6

Digitale Barrierefreiheit schaffen

Die Digitalisierung in der Gesellschaft erfasst mittlerweile fast alle Lebensbereiche: Bildung und Arbeit, Verwaltung, Handel, Personenverkehr, Gesundheit, Medien, die private Kommunikation. Damit alle Menschen gleichermaßen von dieser Entwicklung profitieren und niemand ausgeschlossen wird, muss digitale Barrierefreiheit konsequent berücksichtigt und umgesetzt werden – und zwar entsprechend der bestehenden Standards.

7

Partizipation stärken

Die aktive und informierte Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden an allen sie betreffenden Entscheidungen ist eine grundsätzliche Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe. Eine wirksame Beteiligung von Menschen mit Behinderungen muss dabei rechtzeitig, systematisch und offen erfolgen.

Dies bedingt zum einen die vollständige Barrierefreiheit der Entscheidungsfindungsprozesse und andererseits das Empowerment der Organisationen der Menschen mit Behinderungen.

Leider ist zu konstatieren, dass die Entscheidungsfindungsprozesse insbesondere im politischen Raum vielfach ohne die Stellungnahmemöglichkeit für Menschen mit Behinderungen stattfinden. Wo die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben wird, erfolgt dies zu kurzfristig, in nicht vollständig barrierefreier Form oder in einer Art und Weise, die es nicht allen Betroffenen erlaubt, sich einzubringen.

Ausführliche Informationen zu den Partizipationsstandards finden Sie [hier auf der Website des DBR](#).

Die Forderungen des Deutschen Behindertenrats finden Sie auch auf unserer Website:

[Zu den Forderungen des DBR \(Kurzfassung\) >>](#)

[Zu den Forderungen des DBR \(Langfassung\) >>](#)

Die Parteien und Inklusion

Das Sekretariat des Deutschen Behindertenrats hat die Wahlprogramme der Parteien nach den Themen Inklusion, Barrierefreiheit und Teilhabe durchleuchtet und stellt an dieser Stelle einige der Forderungen und Versprechen für die kommende Legislaturperiode zusammen.

**MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR
DEUTSCHLAND.**

Das Wahlprogramm der SPD

Die SPD will sich "für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können", einsetzen. Um das zu erreichen möchte die Partei unter anderem:

- Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Bereich verbessern. Private Anbieter von Waren und Dienstleistungen sollen verpflichtet werden, Barrieren abzubauen oder dort, wo das nicht möglich ist, angemessene Vorkehrungen zu treffen. Barrierefreiheit soll im Wohnungsbau, bei der Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zum Schwerpunkt werden. (S. 39)
- Barrierefreiheit auch als Standard in die Fördersystematik für Bauen und Wohnen verankern. Dadurch sollen Barrieren abgebaut und generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben gefördert werden. (S. 22)
- das gleiche Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen verwirklichen. Die Aufnahme einer Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt soll verstärkt gefördert werden und die Werkstätten für behinderte Menschen zügig weiterentwickelt werden. Dabei soll auch das Einkommen der Menschen, die in solchen Werkstätten arbeiten, verbessert werden. Zudem sollen die Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben und die politische Selbstvertretung gestärkt werden. (S. 39)
- die gesetzlichen Regelungen für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe

schärzen. (S. 39)

- den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig umsetzen. (S. 39)
- dass Mobilität für alle barrierefrei und bezahlbar ist. Für bestimmte soziale Gruppen, wie Senior*innen, Familien mit Kindern, Menschen in Ausbildung und Studium, aber auch Menschen mit Behinderungen soll es ein vergünstigtes Deutschlandticket geben. (S. 35)
- die Deutsche Gebärdensprache bundesweit fördern und möglichst viele Menschen dabei unterstützen, Gebärdensprache zu lernen, egal ob sie selbst darauf angewiesen sind oder nicht. Auf Bundesebene soll ein Bundeskompetenzzentrum für Leichte Sprache und Gebärdensprache eingerichtet werden. (S. 39)

[Zum Wahlprogramm der SPD >>](#)

- als [Barrierefreies PDF](#)
- in [Leichter Sprache](#)
- [Zentrale Inhalte in Gebärdensprache](#) und [Gebärdensprachvideos als Download](#)



Das Wahlprogramm der CDU/CSU

Die CDU/CSU sieht einen inklusiven Sozialraum und Barrierefreiheit als einen Mehrwert für alle Generationen. Sie will Selbstständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken. Digitalisierung biete neue Möglichkeiten für Teilhabe und Inklusion. Laut Wahlprogramm möchte sie:

- Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Ausbildung und Arbeit erleichtern. Dafür will die Partei die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt stärken sowie Inklusionsbetriebe und Werkstätten als geschützten Raum, um sich im Arbeitsleben zu erproben. (S. 59)
- eine integrierte Leistungsplanung einführen, durch die es für Bürger*innen keine Rolle mehr spielt, wie viele Sozialleistungsträger für sie*ihn zuständig sind. (S. 60)
- weitere Verbesserungen beim barrierefreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und Informationen voranbringen. Die Partei will den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen fortführen und aufwändige Antragsprozesse für Hilfsmittel vereinfachen. (S. 60)
- Barrieren in Bus und Bahn abbauen und sich für mehr Achtsamkeit für Hindernisse im öffentlichen Raum einsetzen. (S. 60)
- für mehr individuelle Bildungsmöglichkeiten für Schüler*innen mit Behinderungen sorgen. Die Partei sieht neben Inklusionsangeboten auch Förderschulen als Bestandteil der Bildungswelt. (S. 60)

[Zum Wahlprogramm der CDU/CSU >>](#)

Dort ist das Wahlprogramm in Kurz- und Langfassung, in **Leichter Sprache** und die Kernpunkte auch in **Gebärdensprache** abrufbar.



Das Wahlprogramm der Grünen

"Bündnis 90/Die Grünen" möchte eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Dafür will die Partei unter anderem:

- Barrierefreiheit in allen Bereichen, im Analogen wie im Digitalen, in nationales Recht umsetzen und einfacher und tatsächlich durchsetzbar werden lassen. (S. 122)
- die Gebäude des Bundes innerhalb der kommenden zehn Jahre barrierefrei machen und Anbieter*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen dazu verpflichten, konsequent Vorkehrungen zur Barrierefreiheit zu treffen. Sie sollen mit einer Überforderungsklausel geschützt, aber auch mit einem digitalen Barrierefreiheitstool unterstützt werden. (S. 122)
- Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen einschränken, abbauen. Dazu gehört auch, das persönliche Budget als wichtiges Instrument der Selbstbestimmung zu stärken. (S. 124)
- das Potenzial von Menschen mit Behinderung auch auf den Arbeitsmarkt bringen. Dafür sollen bürokratische Hürden und durch Aufklärung Vorurteile abgebaut werden. Menschen mit

Behinderungen sollen selbstbestimmt entscheiden können, wo und wie sie arbeiten. Gesetzliche Schlupflöcher, durch die Arbeitgeber*innen ihrer Beschäftigungspflicht nicht nachkommen, sollen geschlossen werden. Das Werkstättensystem soll weiterentwickelt werden und Menschen mit und ohne Behinderung zusammenarbeiten - mindestens zum Mindestlohn. Auch in diese Weiterentwicklung sollen Betroffene miteinbezogen werden. (S. 19 und S. 123)

- Mobilität stärken durch erhebliche Investitionen in umfassende Barrierefreiheit, sichere Haltestellen und attraktive Mobilitätsangebote. So soll eine klimafreundliche Mobilität entstehen, die für alle zugänglich ist. (S. 47)
- die betriebliche Mitbestimmung - unter anderem auch Schwerbehindertenvertretungen - stärken. Es soll ein digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften im Betrieb geben und die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung als Offizialdelikt eingestuft werden. (S. 68)
- den Trend zu einem steigenden Anteil von barrierefreien Neubaumietwohnungen im sozialen Wohnungsbau deutlich beschleunigen und Betroffenen bei Umbaumaßnahmen Unterstützung, sodass sie selbstbestimmt in ihren Wohnungen leben können. (S. 72)
- sich dafür einsetzen, dass Inklusion aller Schüler*innen gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention an allen Schulen Realität wird. (S. 77)
- dafür sorgen, dass Inklusion und Barrierefreiheit in Gesetzgebungsverfahren stets mitgedacht werden, damit die Verwendung von Steuern und öffentlichen Geldern allen zugutekommt. (S. 122)
- den Schutz vor Gewalt - insbesondere bei Angeboten für Menschen mit Behinderungen - ausbauen und auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung stärken. (S. 124)
- bürokratische Hürden und technischen Normen, die Menschen mit Behinderungen an ihrer Teilhabe hindern, abbauen. (S. 122)
- Menschen mit Behinderungen aktiv in den Bevölkerungsschutz einbeziehen und sicherstellen, dass vulnerable Gruppen bei Planungen des Bevölkerungsschutzes stärker berücksichtigt werden. (S. 138)
- besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention legen. Die Selbsthilfe soll weiter gestärkt und die Patient*innenbeteiligung in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausgebaut werden. (S. 89)
- eine Enquetekommission Inklusion einrichten, in der unter Beteiligung von Selbstvertreter*innen umfassende Vorschläge für mehr Teilhabe und Inklusion erarbeitet werden sollen. (S. 122)
- mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale Anlaufstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. (S. 86)
- ein Kompetenzzentrum zur barrierefreien Kommunikation einrichten und die Deutsche Gebärdensprache als nationale Minderheitensprache anerkennen. (S. 124)

[Zum Wahlprogramm der Grünen >>](#)

Dort ist das Wahlprogramm auch in **Leichter Sprache** und die Kernpunkte auch in verschiedenen Fremdsprachen und **Gebärdensprache** verfügbar.

Alles lässt sich ändern.

Das Wahlprogramm der FDP

Die FDP sieht noch viele Hürden, die Menschen mit Behinderungen an einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern. In ihrem Wahlprogramm formuliert sie knapp ein paar Vorhaben. Sie möchte:

- sich für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben einsetzen und auch für eine stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen. (S. 24)
- ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung und dass auch sonderpädagogische Inhalte in die pädagogische Grundausbildung integriert werden. Gleichzeitig hält die Partei Förderschulen für unverzichtbar, um allen individuellen Notwendigkeiten der Förderung gerecht

zu werden. (S. 24)

- dass der Nachweis einer dauerhaften Behinderung künftig nur noch einmalig erbracht werden muss. (S. 24)
- bessere Chancen für Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch praxisnahe Förderung und Arbeitsvermittlung. (S. 24)
- Sportveranstaltungen wie Olympische und Paralympische Spiele nach Deutschland holen, weil solche Events zeigen, wie Sport verbindet und Werte wie Inklusion und Fairness sichtbar macht. (S. 31)

[Zum Wahlprogramm der FDP >>](#)

Dort gibt es das Wahlprogramm auch in **Kurzfassung** und in **Leichter Sprache** zum Download.

**Alle wollen regieren.
Wir wollen verändern.**
Rechtum teilen. Preise senken.
Für einander.

Das Wahlprogramm der Linken

Für die Partei "Die Linke" ist Inklusion der Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, Rassismus und Ausgrenzung. Sie will eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an demokratischen Entscheidungen teilhaben können. Die Partei will unter anderem:

- Barrierefreiheit umfassend herstellen und auch die Privatwirtschaft dazu verpflichten. Dafür sollen verbindliche Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden. In das AGG will die Partei ein Verbandsklagerecht einführen, damit Antidiskriminierungsverbände gerichtliche Schritte einleiten können. (S. 54)
- Bildung inklusiver gestalten und inklusives Lernen in allen Bildungseinrichtungen ermöglichen. Förderschulen sollen umstrukturiert und an allen Regelschulen sonderpädagogisches Personal eingestellt werden. Aus-, Fort- und Weiterbildungen sollen inklusiv ausgerichtet sein, damit auch später im Leben inklusive Bildung möglich ist. (S. 54)
- die Arbeitswelt inklusiver machen, indem die Beschäftigungsquote wieder auf sechs Prozent angehoben und es Betrieben schwerer gemacht wird, diese zu umgehen. (S. 54)
- Inklusionsbetriebe besser finanziell fördern.
- eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende Gesundheitsversorgung in Stadt und Land. Menschen eine wohnortnahe gesundheitliche und pflegerische Versorgung zu ermöglichen, will die Partei zu einer kommunalen Pflichtaufgabe machen. (S. 19 und S. 54)
- dafür sorgen, dass der Mindestlohn ohne Ausnahme gilt – auch für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. (S. 26)
- eine inklusive Schule, in der alle Kinder unabhängig von Herkunft, Förderbedarf oder sozialen Umständen gemeinsam lernen und wachsen können. Dafür müssen Bildungseinrichtungen barrierefrei sein und über ausreichend Fachkräfte und eine für alle Kinder passende Ausstattung verfügen. (S. 39)
- dass die Städtebauförderung am Leitbild einer inklusiven und barrierefreien Stadt ausgerichtet wird, in der ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen mit und ohne Behinderung erreicht wird. (S. 45)

Zum Wahlprogramm der Linken:

- [Langfassung zum Lesen und Hören](#)
- [Kurzfassung auch in Gebärdensprache](#)

Medien und Publikationen

einfach POLITIK:



Webseite
in einfacher Sprache

Bundestagswahl in Einfacher Sprache

Wie schon 2021 hat die Bundeszentrale für politische Bildung auch für die Bundestagswahl 2025 eine Themenseite in Einfacher Sprache erstellt. Dort gibt es Informationen, zu allem, was vor, während und nach einer Wahl passiert – einfach erklärt zum Lesen und zum Hören. Hörbuch und Info-Hefte aus der Reihe "einfach POLITIK" kann man kostenlos herunterladen. [Zur Seite >>](#)

- Der **Sozialverband VdK Deutschland (VdK)** hat seine Wahlprüfsteine und die Antworten der demokratischen Parteien veröffentlicht. Interessierte können sie [hier](#) nachlesen. Zudem startet der VdK zur Bundestagswahl 2025 seine Aktion JASOZIAL. Von den Parteien fordert der VdK ein Bekenntnis zum leistungsfähigen Sozialstaat. Die Kampagnenseite JASOZIAL! mit Infos und Material ist [hier](#) zu finden.
- Auch der Verein **Werkstatträte Deutschland** hat ein Forderungspapier zur Bundestagswahl veröffentlicht, das [hier auf der Website des Vereins](#) in Leichter und Schwerer Sprache abgerufen werden kann.
- **Der Paritätische** hat zur Bundestagswahl Informationen und Forderungen in leichter Sprache zusammengetragen. Diese sind [hier](#) abrufbar.
- Das inklusive **Online-Magazin [andererseits.org](#)** hat einen Wahlchecker zur Bundestagswahl zusammengetragen. Für alle Menschen, die Leichte oder Einfache Sprache benötigen, gibt es dort Informationen, Worterklärungen und Antworten der Parteien auf wichtige Fragen zu ihren Vorhaben. Der Wahlchecker ist [hier](#) abrufbar.

Deutscher Behindertenrat (DBR)

c/o BAG SELBSTHILFE
Mariendorfer Damm 159
12107 Berlin

Telefon: +49 (0) 211 31006 - 54/55
Fax.: +49 (0) 211 31006 - 66

E-Mail: info@deutscher-behindertenrat.de
Webseite: www.deutscher-behindertenrat.de
LinkedIn: www.linkedin.com/company/deutscher-behindertenrat

Hinweis: Der DBR-Newsletter enthält oder verlinkt auf Informationen und Inhalte von Dritten. Diese haben wir nicht auf Barrierefreiheit geprüft.

Vom DBR-Newsletter abmelden